



Postulat Piazza Daniel und Mit. über ein umwelt- und klimafreundlicheres Beschaffungswesen – Stärkung des Kantons Luzern als Vorbild für uns alle

eröffnet am 17. Juni 2019

Der Regierungsrat wird ersucht, das kantonale Recht im Bereich des Beschaffungswesens so anzupassen, dass dem Umweltschutz, der Ressourcen- und Energieeffizienz, der Bekämpfung des Klimawandels sowie der Förderung von Innovationen sobald wie möglich höheres Gewicht zukommt.

Begründung:

Der Kanton Luzern hat mit seinem Investitions- und Konsumverhalten eine Vorbildfunktion einzunehmen. Schon heute finden zwar Ressourcen- und Umweltkriterien regelmässig Eingang in die Ausschreibungen des Kantons Luzern, sei es bei der Beschaffung von Produkten oder bei der Realisierung von Bauwerken. Aber diese Vorbildfunktion muss gestärkt werden.

Ganz in diese Richtung geht die aktuell laufende Debatte in den eidgenössischen Räten zur Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB): Die öffentliche Auftragsvergabe soll besser genutzt werden, um gemeinsame gesellschaftliche Ziele zu erreichen. Dazu zählen gemäss der bundesrätlichen Botschaft insbesondere auch der Umweltschutz, eine höhere Ressourcen- und Energieeffizienz und die Bekämpfung des Klimawandels sowie die Förderung von Innovationen. Bei den Zuschlagskriterien soll das Kriterium der «Nachhaltigkeit» auf Gesetzesstufe gestärkt werden. Aspekte der Umweltverträglichkeit (z.B. bezüglich Schadstoffgehalt, Wasser-, Boden- und Luftbelastungen) sowie der Ressourcenschonung und -effizienz (z.B. in der Herstellung, Nutzung und Entsorgung) erhalten neu ein grösseres Gewicht. Zudem sollen innovative und ressourcenschonende Technologien bessere Chancen haben, da sie langfristig wirtschaftlicher sind als veraltete und ressourcenintensive Leistungen, was zusätzlich zur verbesserten Nachhaltigkeit auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes steigert.

Läuft alles wie erwartet, wird die Totalrevision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen auf Bundesebene in der bereits angelaufenen Sommersession der eidgenössischen Räte noch im Juni 2019 – spätestens aber anlässlich der Herbstsession im September 2019 – beschlossen sein. Wir bitten den Regierungsrat, auf eine möglichst rasche Verabschiedung der «Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)» hinzuwirken und anschliessend eine zeitnahe Überführung dieser Vorschriften in das kantonale Recht in die Wege zu leiten.

Piazza Daniel

Nussbaum Adrian

Peyer Ludwig

Krummenacher-Feer Marlis

Gasser Daniel

Lipp Hans

Roos Guido

Schmassmann Norbert

Bucheli Hanspeter
Wismer-Felder Priska
Odermatt Markus
Piani Carlo
Schnider-Schnider Gabriela
Kurmann Michael
Bernasconi Claudia
Gehrig Markus
Zehnder Ferdinand
Rüttimann Daniel
Jung Gerda
Rüttimann Oehen Bernadette
Zurkirchen Peter
Kaufmann-Wolf Christine
Zurbriggen Roger
Oehen Thomas
Grüter Thomas